

Henryk Szlajfer
Nachzuholende Entwicklung unter Bedingungen des Weltmarkts:
das Beispiel der polnischen Entwicklung *
(Für Paul Sweezy – Lehrer und Freund)

I
Jedes ökonomische Wachstum ist in erster Linie ein Problem der materiellen Quellen der industriellen Akkumulation. Aber nicht nur das: ebenso wichtig sind die Struktur der Investitionen sowie ihre ökonomische und gesellschaftliche Effektivität. Diese „Trias“ – Quellen - Struktur - Effektivität der Akkumulation - bildet den grundlegenden Rahmen für eine Analyse des ökonomischen Wachstums, auch in den Gesellschaften im Übergang zum Sozialismus. Die sich daran anschließende Frage lautet: inwieweit wird diese „Trias“ durch den Weltmarktzusammenhang strukturiert? Eine der grundlegenden Aussagen der marxistischen politischen Ökonomie besagt, daß die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise mit der Entwicklung des Weltmarktes und der fortschreitenden Internationalisierung der kapitalistischen Beziehungen untrennbar verbunden ist. Immanuel Wallerstein hat diese Aussage vervollständigt, als er hinzufügte, daß es trotz der Existenz mehrerer Übergangsgesellschaften, vor allem der UdSSR und der Volksrepublik China (mit zusammen über 1 Milliarde Menschen) bis jetzt nur eine Weltwirtschaft und einen Weltmarkt gibt, nämlich den *kapitalistischen Weltmarkt* (1).

Aus der Sicht der Übergangsgesellschaften steht eine Beteiligung am Weltmarkt-zusammenhang, besonders in der ersten Zeit ihrer Entwicklung, in den meisten Fällen außer Frage. Wie die geschichtliche Erfahrung zeigt, hat sich die Mehrzahl dieser Gesellschaften lange Zeit in relativer Isolierung von der Weltwirtschaft entwickelt, und einige (z. B. China, die UdSSR, Nordkorea und Albanien) halten diese Isolierung bis heute aufrecht. Die Periode der relativen Isolierung ermöglichte den Übergangsgesellschaften, größtenteils ohne Unterstützung, den Aufbau einer integrierten Industriestruktur, die nicht mehr direkt den von kapitalistischer Weltwirtschaft und kapitalistischen Effektivitätskriterien erzwungenen Erfordernissen unterworfen waren.

Die Frage nach dem Einfluß der Weltwirtschaft stellte sich für die Übergangs-

* Dieser Aufsatz war ursprünglich für das Jahrbuch „Lateinamerika“ (hrsg. von V. Bennhold-Thomsen, T. Evers, K. Meschkat, C. und U. Müller-Plantenberg, W. Oile und W. Schoeller) vorgesehen. In der hier abgedruckten Fassung wurde auf jene Teile des ursprünglichen Textes verzichtet, in denen Probleme der weltmarktabhängigen Industrialisierung in Übergangsgesellschaften mit denen unterentwickelter kapitalistischer Länder verglichen werden. Die Übersetzung aus dem Englischen besorgte *Hans-Hinrich Harbort*.

1 I. Wallerstein, *The Rise and Future Demise of the World Capitalist System: Concepts for Comparative Analysis*, „Comparative Studies in Society and History“, 1974, Vol. XVI, Nr. 4.

gesellschaften ideologisch und politisch (als Konzept der „friedlichen Koexistenz“) erst nach dem 20. Parteitag der KPdSU und praktisch erst gegen Ende der 60er Jahre. In Polen, der (nach der UdSSR) zweitgrößten europäischen Übergangsgesellschaft, vollzog sich eine dramatische Hinwendung zur Weltwirtschaft sogar erst in den Jahren 1971 - 1975.

Was sind die Auswirkungen dieses Wandels auf Quellen, Struktur und Effektivität der Akkumulation? Was sind die gesellschaftlich-politischen Konsequenzen?

II

In den Übergangsgesellschaften setzten Industrialisierung und ökonomisches Wachstum erst in einer Periode ein, in der die kapitalistische Weltwirtschaft bereits die Phase der direkten Internationalisierung von produktivem Kapital sowie des Vorrangs der Produktion von relativem Mehrwert in den kapitalistischen Metropolen erreicht hatte. Die Entwicklung der nationalen kapitalistischen Ökonomien, die im 19. Jahrhundert im Rahmen der Beherrschung des Weltmarkts durch England und der Internationalisierung des Handels- und Bankkapitals stattfand, ist zur geschichtlichen Vergangenheit geworden, die unter dem Imperialismus nicht wiederholt werden kann. Nicht nur die Form der Verbindungen der nationalen Kapitale sowie die Formen der Konkurrenz und der ökonomischen Ausdehnung haben sich geändert, sondern auch die technischen Bedingungen der Kapitalreproduktion. Aus diesem Grunde wird jede nachzuholende Industrialisierung Bedingungen unterworfen sein, die eine Wiederholung der historischen Erfahrungen der Metropolen unmöglich machen. Dies gilt auch für den Prozeß der Industrialisierung in Übergangsgesellschaften.

Die Frage nach den materiellen Quellen der Akkumulation in den Übergangsgesellschaften trat als theoretische Kontroverse erstmals während der NEP-Periode auf, eine Kontroverse, deren Hauptvertreter Preobrazhensky und Stalin (damals noch zusammen mit Bukharin) waren. Sowohl Stalin als auch Preobrazhensky waren der Meinung, daß zur Bildung eines politisch und ökonomisch unabhängigen Staates die Befreiung Sowjetrußlands vom Einfluß der Weltwirtschaft notwendig sei. Sie betonten dabei die ökonomische Seite dieser Abgrenzung, insbesondere den Transfer von Mehrwert von Rußland in die kapitalistischen Metropolen. Aber dies war nur eine Seite des Problems. Die andere war die Frage der materiellen Quellen zur Finanzierung des Industrialisierungsprozesses.

Preobrazhenskys Konzept der „ursprünglichen sozialistischen Akkumulation“ gab darauf folgende Antwort: Das von der Arbeiterklasse und der Bauernschaft erzeugte Mehrprodukt sei die einzige Quelle der Akkumulation, die zur Inangangsetzung des Industrialisierungsprozesses notwendig sei (2). Alle anderen Quellen, so bedeutend sie auch sein mochten, konnten nicht im notwendigen Umfang die Mittel für eine radikale Veränderung der ökonomischen Struktur Rußlands liefern. Dagegen sah das Stalinsche Konzept (allerdings nur in dieser Diskussion) vor, durch die Etablierung

2 N. E. Preobrazhensky, *The New Economics*, Oxford 1975.

eines monopolisierten Außenhandels, die Annullierung der Schulden der Zarenregierung, die Enteignung des Industriekapitals sowie die Einrichtung des Staatssektors genügend große Akkumulationsquellen zu schaffen (3).

Die historische Erfahrung der sowjetrussischen Entwicklung zeigte, daß die von Stalin aufgezeigten Akkumulationsquellen es nur möglich machten, die Wirtschaft nach den Verlusten des 1. Weltkriegs wiederaufzubauen, daß sie aber den Industrialisierungsprozeß nicht finanzieren konnten. Die Industrialisierung wurde hauptsächlich durch den „Nicht-Äquivalenten“-Tausch zwischen Industrie und Landwirtschaft sowie durch den Zuwachs der Mehrwertrate in der Industrie selbst finanziert. Und es ist bekannt, daß diese „ursprüngliche sozialistische Akkumulation“ nicht weniger brutal und blutig war als die vorangegangene kapitalistische ursprüngliche Akkumulation, die Marx im 1. Band des „Kapital“ beschrieben hat. Eine andere Frage ist jedoch, ob diese ursprüngliche Akkumulation – d. h. die Schaffung der Grundlagen für eine industrielle Entwicklung – zu vermeiden gewesen wäre. Die Antwort kann nur lauten: *nein*.

In keiner anderen der nach dem 2. Weltkrieg entstandenen Übergangsgesellschaften wurden die sowjetischen Erfahrungen nachvollzogen. In Polen z. B., wo die Industrialisierung im großen Maßstab in den Jahren 1950 - 1955 begann, war die Hauptakkumulationsquelle nicht die Bauernschaft, sondern die unbezahlte Arbeit der Industriearbeiter (4). Ein ähnlicher Prozeß vollzog sich in der Tschechoslowakei und in der DDR (5). In China, wo die Wirtschaftspolitik der Entwicklung der Landwirtschaft untergeordnet war, wurde die Entwicklung der Industrie (als „führendem“, aber nicht „grundlegendem“ Sektor) vor allem durch die Industriearbeiterklasse und im allgemeinen durch die städtische Bevölkerung finanziert (6).

Trotz der Unterschiede in der Wahl der Hauptquellen der Akkumulation vollzog sich aber in allen Übergangsgesellschaften, genau wie in der UdSSR, ein wenigstens zeitweiser Abbruch der Beziehungen zur Weltwirtschaft, und ihr Außenhandel basierte grundsätzlich auf dem Austausch der Überschüsse des traditionellen Exports (hauptsächlich Nahrungsmittel und Rohstoffe). Das bedeutet, daß die Einwirkungen der kapitalistischen Weltwirtschaft auf die Struktur der Akkumulation und ihre ökonomischen und gesellschaftlichen Auswirkungen beseitigt wurden. *Auf diese Weise wurde die Überlegenheit der kapitalistischen Metropolen auf dem Weltmarkt unterlaufen*. In den Übergangsgesellschaften vollzog sich die Allokation im Prozeß der Akkumulation nach den für diese Gesellschaften charakteristischen Kriterien und nicht nach den von der Weltwirtschaft aufgezwungenen. Darüber hinaus basierte die mit dem Prozeß der Industrialisierung geschaffene ökonomische Struktur auf der Integration der nationalen Ökonomie als Ganzem und nicht auf der Eingliederung von En-

3 J. W. Stalin, *Dziela* (Werke) Bd. VIII, Warschau 1950, S. 133 ff.

4 Vgl. J. Tepicht, *Problemy teorii i strategii w kwestii rolnej* (Probleme der Theorie und Strategie in der Agrarfrage), Warschau 1967, S. 84 - 91.

5 Vgl. A. Zauberger, *Industrial Progress in Poland, Czechoslovakia, and East Germany, 1937 - 1962*, London 1964.

6 Vgl. J. Gray, *The Chinese Model: Some Characteristics of Maoist Policies for Social Change and Economic Growth*, „L'Est“, 1971, Nr. 2, und Ch. Bettelheim, *China und die Sowjetunion: Zwei „Modelle“ der Industrialisierung*, in: *Sowjetunion und China: Zwei Wege des sozialistischen Aufbaus*, München 1972.

klaven nationaler Ökonomie in die Gesamtstruktur der Weltwirtschaft. Aus diesem Grunde sowie aufgrund des inneren Gleichgewichts der politischen Kräfte konzentrierten sich die „Früchte des technischen Fortschritts“ nicht in den Händen einer gesellschaftlichen Klasse; im Gegenteil, sie ermöglichten die Beseitigung des Phänomens der Marginalisierung, und zwar nicht auf dem Prinzip von Herrschaft und Ausbeutung, sondern durch die ökonomische Entwicklung der Peripherien (7).

Offensichtlich war der Preis dafür sehr hoch, nicht nur politisch und menschlich (Millionen von Ermordeten, Zwangsarbeit, Bildung des Partei-Staat-Machtblocks und Zerstörung der unabhängigen Arbeiterbewegung), sondern auch auf dem Gebiet der Technologie und dem technischen Fortschritt. Die Isolierung vom Weltmarkt wie auch von vorherrschenden technologischen Tendenzen begünstigten die Entstehung einer technologischen Lücke zwischen den kapitalistischen Metropolen und den Übergangsgesellschaften. Es wäre aber falsch, die Isolationspolitik allein für dieses Phänomen verantwortlich zu machen. Vielmehr sollten die Gründe zuerst in den Kriterien der *gesellschaftlichen* Effektivität gesehen werden, die die Übergangsgesellschaften sich in der Periode der Industrialisierung zu eigen gemacht haben. Eine relative Verknappung des konstanten Kapitals sowie ein Überschuß an Arbeitskraft erzwangen eine Politik der Vollbeschäftigung (politisches und gesellschaftliches Kriterium!) und nicht eine Politik der maximalen Effizienz des konstanten Kapitals und damit der Schaffung einer industriellen Reservearmee. Charles K. Wilbers Analyse dieser Strategie der „doppelten Technologie“, die in der UdSSR (und nicht nur dort) angewandt wurde, ist durchaus zutreffend: „In vielen sowjetischen Werken findet man in der Regel die modernste Kapitalausstattung in den Grundarbeitsgängen und gleichzeitig die primitivsten arbeitsintensiven Methoden in der Instandhaltung, dem innerbetrieblichen Transport und der Materialbehandlung . . . Auf diese Weise erlangten die Sowjets die Vorteile moderner Technologien, sparten knappes Kapital bei Nebearbeiten ein, die die Produktionsleistung nicht beeinflussten, und nutzten ihre relativ reichliche Arbeitskraft.“ (8) Daraus ergab sich ein Anstieg des nationalen Einkommens durch Anwachsen der Beschäftigung und des absoluten Mehrwerts – im Gegensatz zur herrschenden Tendenz in der Weltwirtschaft und in den kapitalistischen Metropolen. Man kann natürlich darüber streiten, ob die Allokation im Prozeß der Akkumulation richtig vollzogen wurde und ob die Wahl der Investitionsbereiche glücklich war. Das war jedoch ein untergeordnetes Problem angesichts der Hauptfrage: Politik der Arbeitslosigkeit oder Politik der Vollbeschäftigung? (9)

7 Vgl. J. Kleer, Zacobanie i rozwój: analiza porównawcza rozwoju republik azjatyckich ZSSR oraz Afganistanu, Iranu i Turcji (Rückständigkeit und Entwicklung: Vergleichende Analyse der Entwicklung in den asiatischen Republiken der UdSSR sowie in Afghanistan, im Iran und in der Türkei), Warschau 1970.

8 Ch. K. Wilber, Economic Development, Central Planning and Allocative Efficiency, in: Ch. K. Wilber (Hg.), The Political Economy of Development and Underdevelopment, New York 1973, S. 234.

9 Über eine halbe Million jugoslawische Gastarbeiter in Westeuropa sind der beste Beweis für die Bedeutung dieser Frage.

III

Wie hat sich nun in Polen der Prozeß der Industrialisierung vollzogen und welche Rolle hat der Weltmarktzusammenhang gespielt? Aus den folgenden Angaben (Tabelle I und II) wird ersichtlich, daß die polnische Wirtschaft in den beiden Perioden der beschleunigten Industrialisierung – 1950 - 1955 und 1971 - 1975 – unterschiedliche Beziehungen zum Ausland unterhielt.

TABELLE I

Jahr	Akkumulation in % des Volkseinkommens	Wachstumsrate des Volkseinkommens (%)	Wachstumsrate des Außenhandelsvolumens (%)
1950	21,0	15,1	13,2
1951	20,5	7,5	7,4
1952	22,9	6,2	- 0,7
1953	28,1	10,4	7,0
1954	23,3	10,5	6,8
1955	22,5	8,4	3,4
.....			
1960	24,2	4,3	10,3
1961	25,0	8,2	13,9
1962	24,1	2,1	11,8
1963	25,4	6,9	5,1
1964	25,4	6,7	10,0
1965	26,8	7,0	11,6
1966	27,7	7,1	6,0
1967	27,1	5,7	9,8
1968	28,5	9,0	11,8
.....			
1970	27,9	5,2	9,6
1971	29,3	8,1	10,2
1972	31,6	10,6	18,8
1973	35,2	10,8	17,3
1974	38,0	10,4	13,6
1975	37,8	9,0	6,4

Alle Koeffizienten bei konstanten Preisen

Quelle: Rocznik Statystyczny (Statistisches Jahrbuch) 1976

TABELLE II

Außenhandelsbilanz 1950 - 1975
(Mio \$ bei laufenden Preisen)

Jahr	Volumen	Export	Import	Handelsbilanz (-) Defizit (+) Überschuf
1950	1.302	634	668	- 34
1951	1.685	761	924	- 163
1952	1.638	775	863	- 88
1953	1.605	831	774	+ 57
1954	1.772	869	903	- 34
1955	1.852	920	932	- 12
.....				
1960	2.821	1.326	1.495	- 169
1961	3.190	1.503	1.687	- 184
1962	3.531	1.646	1.885	- 239
1963	3.749	1.770	1.979	- 209
1964	4.168	2.096	2.072	+ 24
1965	4.568	2.228	2.340	- 112
1966	4.766	2.272	2.494	- 222
1967	5.172	2.527	2.645	- 118
1968	5.711	2.858	2.853	+ 5
.....				
1970	7.156	3.548	3.608	- 60
1971	7.910	3.872	4.038	- 166
1972	10.256	4.927	5.329	- 402
1973	14.294	6.432	7.862	- 1.430
1974	18.810	8.321	10.489	- 2.168
1975	22.834	10.286	12.545	- 2.256

Quelle: Rocznik Statystyczny (Statistisches Jahrbuch) 1969, Warschau 1969 und Rocznik Statystyczny 1976, Warschau 1976.

Im ersten Industrialisierungszeitraum (1950 - 1955) waren die Veränderungen des Akkumulationsgrades sowie der Wachstumsrate des Volkseinkommens und der Industrieproduktion gegenläufig zum anwachsenden Außenhandel. Das bestätigt die These, daß diese Entwicklung hauptsächlich auf internen Quellen der Akkumulation basierte.

In den Jahren 1956 - 1970 wuchs der Außenhandel um mehr als das Dreifache, und gleichzeitig lag die Zuwachsrate des Außenhandels im Durchschnitt etwas höher als die Wachstumsrate des Volkseinkommens. Dennoch gab es, wie aus Tabelle II deutlich wird, eine Tendenz zum relativen Gleichgewicht von Export und Import. Betrachten wir den Index der Exportbelastung und die negative Handelsbilanz (Defizit: Export), so sehen wir, daß ersterer in den Jahren 1960 - 1970 nicht über 14,52 % pro Jahr betrug und die negative Außenhandelsbilanz für den gesamten Zeitraum 5,89 % des gesamten Exports ausmachte. (Im Zeitraum von 1950 - 1955 betrug der Index 5,72 %.)

In den Jahren 1971 - 1975 veränderte sich die Situation einschneidend. Im Vergleich zu 1970 stieg der Wert des Exports über das 2,8-fache, der des Imports dagegen über das 3,4-fache. Diese Differenz bewirkte einen geradezu lawinenartigen Anstieg des Exportbelastungs-Index. Lag er 1971 bei 4,28 %, so betrug er 1972: 8,15 %, 1973: 22,23 %, 1974: 26,05 % und 1975: 21,93 %. Im Durchschnitt betrug der Exportbelastungs-Index für die Zeit von 1971 - 1975: 18,9 %, und die Gesamtschulden beliefen sich auf 6,422 Mio \$ (allein durch das Außenhandelsdefizit, also ohne so wichtige Posten wie Lizenzgebühren, Kreditzinsen usw.).

Für die industrielle Produktion bedeuteten die wachsenden Schulden eine Art indirekter Finanzierung des Programms der zweiten Industrialisierung durch die Weltwirtschaft. Auf der anderen Seite ist jedoch einleuchtend, daß eine solche Akkumulationsquelle sehr leicht zu einer gefährlichen Falle in Form eines finanziellen „Flaschenhalses“ werden kann, wie es für unterentwickelte kapitalistische Länder der Fall ist. Dies ist um so wahrscheinlicher, wenn aufgrund der ökonomischen Struktur des Landes sowie Defiziten in Planung und Management diese Quelle der Akkumulation nicht mit der größtmöglichen Effektivität nutzbar gemacht werden kann, entsprechend dem Kriterium der Profitabilität, das in den Ländern herrscht, die diese Akkumulationsquelle finanzieren. Und auf diese Gefahr war die polnische Wirtschaft *völlig unvorbereitet*.

Betrachten wir zunächst die Angaben zur geographischen Verteilung des polnischen Außenhandels (siehe die nachstehenden Tab. III und IV).

In den Jahren 1971 - 1975 ging der Anteil der europäischen und außereuropäischen Übergangsgesellschaften am polnischen Außenhandel rapide zurück. Der Anteil der kapitalistischen Länder stieg, und der Hauptanteil fällt hierbei den entwickelten kapitalistischen Ländern zu, besonders den Gebieten der EFTA und der EWG. Neben dem starken Rückgang des Anteils der UdSSR verringerten sich auch die Anteile der Tschechoslowakei und der DDR, Länder, die hinsichtlich ihres ökonomischen und technologischen Standards oftmals mit Frankreich, der BRD oder Italien konkurrieren können (10).

Aus der Tabelle IV geht weiter hervor, daß der Hauptteil der polnischen Schulden 1975 aus dem Handel mit den entwickelten kapitalistischen Ländern herrührt; gleichzeitig übersteigt das Defizit in den meisten Fällen den jeweiligen Jahresexport um mehr als 100 %! Im Handel mit Schweden z. B. beträgt unser Import etwa das Doppelte des Exports; im Handel mit Italien sogar das Fünffache. Für die USA, die BRD und Frankreich ist die Situation ähnlich.

Der Hauptanteil unseres Imports aus den kapitalistischen Ländern betrifft die Versorgung der Industrie, vor allem zur Modernisierung bzw. des Verschleißes der Produktion. Man muß aber berücksichtigen, daß der Anteil der für die industrielle Akkumulation wichtigen Güter, also für den Aufbau neuer Fabriken auf der Grundlage importierter Technologie und Ausrüstung, seit 1971 ständig gestiegen ist. Machte 1971 der Import solcher Güter 16,8 % des Gesamtimports aus, so waren es 1974 schon 25,1 %; gleichzeitig war der Index für den Import von Gütern der elektrotech-

10 Im Lichte dieser Zahlen erscheint das propagierte Konzept der „sozialistischen Integration“ als reine Propaganda.

TABELLE III

Geographische Verteilung des polnischen Außenhandels 1960 - 1975 (%)

		<i>A. Volumen</i>						
		1960	1970	1971	1972	1973	1974	1975
1.	Sozialistische Länder	63,1	66,2	65,3	62,3	55,7	49,4	52,2
	– COMECON-Länder	57,3	63,2	62,0	59,4	53,4	47,0	49,7
2.	Entwickelte kapitalistische Länder	29,8	27,4	28,5	32,3	39,8	44,4	41,3
	– EWG-Länder	17,6	17,9	17,7	19,7	24,2	26,7	23,6
3.	Untereutw. Länder	7,1	6,7	6,2	5,4	4,5	6,2	6,5
		<i>B. Import</i>						
1.	Sozialistische Länder	63,5	68,6	67,4	61,2	51,7	44,4	45,8
	– COMECON-Länder	58,9	65,9	64,4	58,2	49,4	42,3	43,8
2.	Entwickelte kapitalistische Länder	29,7	25,8	27,3	34,1	44,4	50,8	49,3
	– EWG-Länder	16,7	16,7	17,5	21,2	26,8	30,3	27,9
3.	Untereutw. Länder	6,8	5,6	5,3	4,7	3,9	4,8	4,9
		<i>C. Export</i>						
1.	Sozialistische Länder	62,6	63,9	63,1	63,3	60,7	55,7	59,9
	– COMECON-Länder	55,5	60,6	59,4	60,6	58,2	53,0	56,9
2.	Entwickelte kapitalistische Länder	29,9	28,4	29,8	30,4	34,2	36,3	31,5
	– EWG-Länder	18,7	17,1	17,9	18,1	21,0	22,1	18,4
3.	Untereutw. Länder	7,5	7,7	7,1	6,0	5,1	8,0	8,6

Quelle: Rocznik Statystyczny (Statistisches Jahrbuch) 1976

TABELLE IV

Polnischer Außenhandel mit ausgewählten Ländern 1970 - 1975
(Mio Zł für intern. Abk., laufende Preise)

	Import	Export volumen	Außenhandels- am Ges.-Volumen	Prozent-Anteil
<i>UdSSR</i>				
1970	5.445,0	5.003,3	10.448,3	36,5
1975	10.556,8	10.766,3	21.323,1	28,1
<i>DDR</i>				
1970	1.598,6	1.313,9	2.912,5	10,1
1975	3.130,5	3.151,3	6.281,8	8,2
<i>CSSR</i>				
1970	1.241,5	1.059,0	2.300,5	8,0
1975	2.248,8	2.741,6	4.990,4	6,5
<i>Ungarn</i>				
1970	554,1	572,3	1.126,4	3,9
1975	880,6	1.021,0	1.901,6	2,5
<i>Bulgarien</i>				
1970	318,2	265,9	584,1	2,0
1975	616,5	893,6	1.510,1	1,9
.....				
<i>BRD</i>				
1970	572,5	723,0	1.295,5	4,5
1975	3.359,5	1.777,7	5.137,2	6,7
<i>Frankreich</i>				
1970	352,1	239,5	591,6	2,0
1975	1.986,9	1.087,6	3.074,5	4,0
<i>Großbritannien</i>				
1970	763,6	608,7	1.372,3	4,8
1975	2.226,7	968,1	3.194,8	4,2
<i>USA</i>				
1970	233,0	371,3	604,3	2,1
1975	1.958,6	777,9	2.736,5	3,6
<i>Schweden</i>				
1970	150,8	207,5	358,3	1,2
1975	1.430,8	739,3	2.170,1	2,8
<i>Italien</i>				
1970	293,0	453,2	746,2	2,6
1975	5.445,0	994,9	6.439,9	8,5
.....				
<i>Insgesamt</i>				
1970			28.621,0	100,0
1975			75.812,0	100,0

nischen Industrie 60,7 % (11) (in den Jahren 1971 - 1975 betrug die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate in der elektrotechnischen Industrie 15,2 %, für die gesamte Industrie durchschnittlich nur 11 %). (12)

Eine Entwicklungsstrategie, die auf der Nutzbarmachung finanzieller Ressourcen der entwickelten kapitalistischen Länder basiert, kann nicht von vornherein als gut oder schlecht beurteilt werden. Eine Einschätzung hängt u. a. ab von

- den Möglichkeiten einer schnellen Ingangsetzung von Industrieexporten, also von der allgemeinen Flexibilität und Effizienz der gesamten ökonomischen Struktur,
- der Wettbewerbsfähigkeit der Produktion im Hinblick auf Qualität und Kosten,
- den bestehenden Reserven in der Zahlungsbilanz, insbesondere Reserven im traditionellen Export.

Die Strategie der zweiten Industrialisierung von 1971 - 1975 basierte allerdings auf der *utopischen Annahme*, daß es möglich sein würde, die steigenden Importe aus den entwickelten kapitalistischen Ländern genauso schnell mit steigenden Industrieexporten aus den modernisierten Betrieben auszugleichen. Man glaubte also an eine mögliche (quantitative) Reduzierung des traditionellen Exports, was wiederum eine notwendige Voraussetzung war sowohl für die Verwirklichung der „populistischen“ Projekte zur Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung als auch für die Erleichterung der unvorteilhaften Handelsbedingungen (der Verringerung der hohen Input-Abhängigkeit des Exports) (13). Es ist hier nicht der Ort für eine genaue Begründung, warum dieses Projekt utopisch war; der Hinweis mag genügen, daß in der Zeit vor der Machtübernahme der Gruppe um Gierek die Kapitalproduktivität von Jahr zu Jahr abnahm, vor allem aufgrund der ungeheuren *makro-ökonomischen* Verschwendung, die im zentralisierten System von Planung und Management angelegt war. Diese fand ihren Ausdruck u. a. in der Verlängerung der Investitionszyklen, Unordnung im System der industriellen Kooperation usw. Es wäre auch glatte Irreführung zu behaupten, daß die Situation in zwei oder drei Jahren verbessert werden könne – durch ein „bürokratisches Wunder“, was bedeutet, daß alles beim alten bliebe. Das ist der Grund, warum eine technologische „Spritze“ von seiten der entwickelten kapitalistischen Länder – ohne gleichzeitige Neuordnung der Wirtschaft bzw. eine Wirtschaftsform, wie sie in Polen seit 20 (!) Jahren diskutiert wird – bestenfalls zu einer ‚Modernisierung‘ der Verschwendung führen, nicht aber das Problem der negativen Außenhandelsbilanz lösen könnte.

Der Industrie-Export auf die kapitalistischen Märkte stieg zwar an, ebenso wie von Gütern der elektrotechnischen Industrie, aber nicht in einem Umfang, der Kre-

-
- 11 Rocznik Statystyczny (Statistisches Jahrbuch) 1976, Warschau 1976, S. 352, Tab. 534. Es wäre interessant, den Anstieg des Importabhängigkeits-Koeffizienten (import-intensity c.) einzelner Branchen genauer zu untersuchen. Das erfordert aber den Zugang zu genaueren Zahlen, was sich als unmöglich erwiesen hat. Aber schon die allgemeinen Angaben deuten darauf hin, daß viele Bereiche der modernen polnischen Industrie vom Import von Teilen aus kapitalistischen Ländern abhängig sind.
- 12 Ebd., S. 150, Tab. 211.
- 13 Der Index der Handelsbedingungen (terms of trade index) in den Jahren 1971 - 1975 war wie folgt (Vorjahr = 100): 1971 - 104,3; 1972 - 101,8; 1973 - 97,1; 1974 - 99,5; 1975 - 100,2. Rocznik Statystyczny (Statistisches Jahrbuch) 1976, S. 333, Tab. 518.

ditrückzahlungen und eine Beseitigung des Defizits ermöglicht hätte. Aus diesem Grunde wurde die drohende finanzielle Sackgasse Wirklichkeit. *Und das bedeutet, daß vor allem die polnische Arbeiterklasse für die makro-ökonomische Verschwendung und die getroffene strategische Entscheidung bezahlen muß.*

Betrachten wir die Struktur der polnischen Exporte (Tab. V).

TABELLE V
Warenanteile des polnischen Exports 1960 - 1975
(in %)

	1960	1965	1970	1971	1972	1973	1974	1975
1. Brennstoff & Energie	22,7	16,1	12,5	14,0	13,5	12,6	15,9	20,1
2. Landwirtschaft	3,6	4,5	4,7	3,4	5,4	4,5	3,0	2,7
3. Forstwirtschaft	0,5	0,6	0,3	0,3	0,3	0,4	0,5	0,5
4. Lebensmittel	16,1	15,0	9,8	9,2	9,3	10,5	9,5	7,1
5. Leichtindustrie	7,1	7,0	8,4	9,0	8,9	9,2	8,7	8,9
6. Mineralprodukte	1,1	1,2	0,9	0,9	0,8	0,8	0,7	0,7
7. Holz & Papier	3,2	4,0	3,2	2,8	2,7	2,8	2,5	2,0
8. Kupfer	0,0	0,0	0,6	0,8	1,0	0,9	1,2	1,1
Zusammen (1 - 8)	54,3	48,4	40,4	40,4	41,9	41,7	42,0	43,1
ohne (1) Energie	31,6	32,5	27,9	26,4	28,4	29,1	26,1	23,0
9. Elektrotechn. Ind.	30,0	36,9	41,7	42,3	41,8	41,5	39,4	41,4
10. Chemie	4,9	6,1	8,4	9,0	9,1	9,5	10,9	9,3
11. Metallverarbeitung (ohne Kupfer)	10,3	7,4	8,7	7,2	6,1	6,3	6,6	5,7
Zusammen (9 - 11)	45,2	50,4	58,8	58,5	57,0	57,3	56,9	56,4
ohne (11) (Metallverarb.)	34,9	43,0	50,1	51,3	50,9	51,0	50,1	50,7
Übrige	0,5	1,2	0,8	1,1	1,1	1,0	1,1	0,5
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Statistisches Jahrbuch 1976, Warschau 1976

In den Jahren 1960 - 1970 stieg der Anteil der elektrotechnischen und der chemischen Industrie (der „modernen“ Branchen) am polnischen Export von 34,9 % auf 50,1 %, blieb aber in den Jahren 1971 - 1975 etwa konstant. Während jedoch in den Jahren 1960 - 1970 der Anteil der traditionellen Güter (Brennstoff und Energie, landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel, Produkte der Forstwirtschaft und Holzindustrie, Textilien und Kupfer) am Export von 54,3 % auf 40,4 % fiel, stieg er von 1971 - 1975 von 40,4 % auf 43,1 %. Diese ungünstigen Änderungen resultieren vor allem aus der raschen Änderung der geographischen Verteilung des polnischen Exports und aus der Notwendigkeit, die steigenden Schulden in den kapitalistischen

Ländern zu reduzieren. Dies bedeutete einerseits das Ausbleiben deutlicher Erfolge bei der Umorganisation der Wirtschaft zur Anpassung an die Erfordernisse der Weltwirtschaft und andererseits – die Notwendigkeit, die Arbeiterklasse mit den wachsenden Schulden und dem Zwang ihrer Rückzahlung zu belasten. So betrug 1975 der Anteil der chemischen und elektrotechnischen Industrie am Export in Übergangsgesellschaften 61,9 %, am Export in kapitalistische (auch unterentwickelte) Länder jedoch nur 33,9 %. Der Anteil der traditionellen Exporte betrug dagegen 56,9 % (14).

Die folgende Tabelle VI verdeutlicht die Exportanteile an der Gesamtproduktion einzelner Branchen und Industrien sowie den Exportanteil der entwickelten kapitalistischen Länder.

TABELLE VI:

Exportanteile in % in ausgewählten Branchen 1975

	Export	Produktion	(1)/(2)	Exportanteil für entwickelte kap. Länder in % des Ges. Exp.	
Kohle & Koks (Tsd. t)	41.616	190.300	21,8	49,9	Frankr., Dänem., Italien, Finnland, BRD, Japan
Kupfer (t)	90.329	249.000	36,2	76,8	BRD, Großbritannien.
Eisenbahnwaggons (Pers.- u. Güterw.) (Stck)	7.194	19.243	37,3	x	
Autos (Stck.)	40.859	164.000	24,9	16,9	Frankr., Großbrit.
Traktoren (Stck)	18.013	57.600	31,2	4,0	Dänemark
Schiffe (Tsd BRT)	946	1.023	92,4	30,4	Holl., Norw., BRD, Schweden
Frischfleisch (t)	90.977	k. Ang.	k. Ang.	k. Ang.	
Speck (t)	18.101	23.000	78,7	99,9	Großbritannien
Schinkenkonserven (t)	38.230	476.000	14,0	95,0	USA, GB, Schweden
Fleischkonserven (t)	24.725	176.000	14,0	95,2	BRD, USA, Großbr. Schweden
Geflügel (t)	23.158	162.000	14,3	79,7	BRD, Österr., Schweiz
Butter (t)	15.277	193.000	7,9	–	
Möbel (mio. Zloty für intern. Abkommen)	338,9	ca. 2.200	ca. 15,4	31,4	Schweden, BRD, USA, Großbrit.
Lederschuhe (Tsd. Stück)	24.469	73.000	33,5	38,9	Großbrit., USA, Canada, BRD

Quelle: Statistisches Jahrbuch 1976, Warschau 1976

Bei den traditionellen Exportgütern, wie Kohle, Kupfer, rohes und verarbeitetes Fleisch sowie Schuhe, ist der Anteil der entwickelten kapitalistischen Länder extrem hoch. Dabei handelt es sich gleichzeitig um Güter, die auf dem Inlandsmarkt benötigt werden und um solche, für die eine relativ hohe Input-Intensität und ungünstige Weltmarktpreise charakteristisch sind.

In der Situation der lawinenartig ansteigenden Auslandsschulden steht die sich an der Macht befindende Gruppe vor der Notwendigkeit, den traditionellen Export bedeutend auszuweiten und die Konsumtion der Arbeiterklasse drastisch zu verändern bzw. den Lebensmittelanteil zu reduzieren. Darüber hinaus bemüht sie sich, die Produktion für den Export wettbewerbsfähiger zu machen – durch Senkung der Lohnkosten. Der Entschluß, im Juni 1976 die Preise (um durchschnittlich 60 %) zu erhöhen, der eine Streikwelle der Arbeiter hervorrief und unter dem Druck der Arbeiter „einstweilen“ rückgängig gemacht wurde, war dramatischer Ausdruck des Eingeständnisses der herrschenden Gruppe, daß die „populistische“ Politik nicht zu verwirklichen sei und die Öffnung zum Weltmarkt von der Arbeiterklasse „Verzichtleistungen“ erfordere.

IV

Natürlich erhebt sich die Frage, ob es möglich gewesen wäre, die Reserven der Landwirtschaft zu mobilisieren und damit die Schulden zu finanzieren – ohne die Interessen der Arbeiterklasse und der gesamten städtischen Bevölkerung verletzen zu müssen.

Auch das muß verneint werden; nicht nur aufgrund der allgemeinen Steigerungen der Reallöhne sowie der Konsumtion der Arbeiter in den Jahren 1971 - 1975, sondern vor allem aufgrund der immanent widersprüchlichen Landwirtschaftspolitik dieser Zeit. Das war eine Politik, die zunächst schnelles Wachstum, dann Drosselung und zuletzt Stagnation der landwirtschaftlichen Produktion bewirkte. Fraglos hatten schlechte klimatische Bedingungen in den Jahren 1974 - 1975 *einen gewissen Anteil* daran; es besteht aber kein Grund, die „offizielle Metaphysik“ zu akzeptieren, derzufolge Gott der Allmächtige der Hauptverantwortliche für die Mißstände in der Landwirtschaft ist.

Die Politik gegenüber den Einzelbauern, die den Hauptanteil der landwirtschaftlichen Produktion tragen, spiegelt sich direkt in den Indices der Wachstumsrate der Realeinkommen in der Landwirtschaft und der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Was das Realeinkommen der einzelnen Bauern betrifft, so entwickelte es sich wie folgt (Vorjahr = 100): 1971 - 115,4; 1972 - 115,0; 1973 - 104,0; 1974 - 94,5 und 1975 - 94,9 (15). Daraus ergibt sich, daß der Einbruch in der Wachstumsrate der landwirtschaftlichen Einkommen nicht etwa 1974 - 1975, sondern bereits 1973 erfolgte.

Ein anderes und oft verdecktes Problem ist die Wahl einer langfristigen Strategie für die Entwicklung der Landwirtschaft, d. h. entweder leistungsfähige Einzel-„Höfe“ oder Verstaatlichung und Kollektivierung der Landwirtschaft. In dieser Hinsicht hat niemand klare Vorstellungen, schon gar nicht die Bauern. Daher rührt z.B. die Furcht der Regierung vor einer übermäßigen „Bereicherung“ der Bauern und die dementsprechend rein restriktiven Maßnahmen des Staatsapparats, die z. B. den

15 Ebd., S. XLII - XLIII.

16 entfällt

Grunderwerb der einzelnen Bauern begrenzen. Grochowski bemerkt dazu ausdrücklich: „Es muß gesagt werden, daß man in bestimmten Gegenden einen Rückschlag für den Grunderwerb einzelner Höfe beobachten kann. Das ist nicht vereinbar mit dem Programm der Spezialisierung der Betriebe, es hat negative Folgen für die Investitions- und Produktionsfähigkeit der Bauern und behindert auch das Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion. (. . .) Es schafft die Notwendigkeit, die Tierproduktion größtenteils auf den Kauf von Nahrungskonzentraten vom Staat umzustellen, es führt zum Ansteigen des Getreideaufwands pro Tierproduktionseinheit und zur Bildung einer negativen Getreidebilanz des Landes.“ (17)

Es ist wiederum kein Geheimnis, daß jeder Versuch einer derzeitigen umfassenden Kollektivierung der Landwirtschaft letzten Endes wirtschaftlichen Ruin zur Folge haben würde, und einer der Hauptgründe für die Unmöglichkeit der Verwirklichung eines solchen Plans (ohne das Risiko des Ruins) ist einerseits das relativ niedrige technische Niveau der Landwirtschaft und andererseits die Schranken des „Engpasses“ in der landwirtschaftlichen Produktionsgüterindustrie.

So fand sich die herrschende Gruppe derzeit zwischen dem „Hammer“ der Arbeiterproteste und dem „Amboß“ des passiven Widerstands der Bauern. Und was noch wichtiger ist: die herrschende Gruppe muß jetzt davon ausgehen, daß die Arbeiter ihr einmal erreichtes Niveau des Lebensmittelkonsums entschlossen verteidigen werden. Und *so gesehen* ist es nur von geringer Bedeutung, ob die Arbeiter tatsächlich „zu viel“ verzehren oder nicht. Im Bewußtsein der Arbeiter (und prinzipiell im Bewußtsein der ganzen Gesellschaft) stellt die derzeitige Stufe des Lebensmittelkonsums (in erster Linie von Fleisch) das *Minimum* dar – und diese Tatsache muß wenigstens mitberücksichtigt werden.

V

Ich komme zum letzten Punkt meiner Überlegungen, nämlich der Erörterung der in Polen existierenden Beziehungen zwischen der schnellen Öffnung zur Weltwirtschaft einerseits und der Anwendung der Effektivitätskriterien und dem Zustand der Produktionsstruktur (letztlich der globalen Nachfragestruktur) andererseits.

Sowenig wir von vornherein die Politik der Öffnung zur Weltwirtschaft als gut oder schlecht bewerten können, können wir auch die Modernisierung der Industriestruktur beurteilen. Ganz im Gegenteil: Modernisierung – als abstraktes Konzept – ist schon von der Definition her positiv, – wenn das *einzige* Kriterium die Arbeitszeitberechnung ist, d. h. in Begriffen von Wert und Tauschwert gedacht wird.

Das „Problem“ der Übergangsgesellschaften liegt aber gerade darin, daß diese Art Kalkulation, so notwendig sie ist, auf diesem Gebiet unzureichend ist – was sich „auf der politischen Ebene“ 1970 bei den Arbeitern der Küstenregion und 1976 bei denen von Ursus und Radom gezeigt hat. Vom Standpunkt der Arbeiterklasse ist es

17 Z. Grochowski, Dochody wsi a rozwój produkcji rolniczej (Die Einkommen der Landbevölkerung und die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion), „Nowe Drogi“, 1976, Nr. 9.

das wichtigste und entscheidende Problem, *wann, in welcher Reihenfolge und wie schnell ihre* Bedürfnisse befriedigt werden können, und im Falle Polens heißt das – die Bedürfnisse der Mehrheit der Gesellschaft.

In diesem Moment treffen sich die Probleme der Zahlungskrise mit denen, die sich aus den besonderen Durchsetzungsformen der Industrialisierungspolitik in Polen ergeben. Es lohnt sich, hier noch einmal auf die Thesen zu verweisen, die Stefan Kurowski 1963 zur Zeit des Triumphs von Chruschtschows „Ökonomismus“ formuliert hat. Er schrieb: „Das sozialistische System wird in der Produktionstechnik den Kapitalismus nicht überholen, ganz einfach deshalb, weil in beiden Systemen die Produktion sich mit derselben Technik vollzieht . . . Im Zusammenhang damit . . . sollten wir überlegen, ob der Sozialismus nicht in erster Linie auf der Ebene den Sieg erstreben sollte, auf der er sich vom Kapitalismus unterscheidet, d. h. auf der Ebene der gesellschaftlichen Beziehungen.“ (18)

Obwohl es so scheint, ist das nicht eine Schwerpunktverlagerung von der „Ökonomie“ auf die „Politik“. Vielmehr handelt es sich um den Versuch, die Frage der Produktionsstruktur und der Effektivitätskriterien von dem Standpunkt aus zu betrachten, der in den ersten Jahren der Industrialisierung *erzwungen* wurde, d. h. vom Standpunkt der *Ziele* des bewirkten ökonomischen Wachstums und der *Interessen* einzelner gesellschaftlicher Klassen und Schichten. Aus dieser Sicht, und genauer aus der Sicht der Arbeiterklasse, erscheinen viele Maßnahmen, die nach Samuelsons Lehrbuch als „irrationale“ zu bezeichnen wären, als durchaus rational und in Einklang mit den Effektivitätskriterien der *nicht-kapitalistischen* Ökonomie.

Schon eine oberflächliche Kenntnis der Entwicklung des „Konsumtionsmodells“ von 1971 - 1975 erlaubt die Schlußfolgerung, daß ein beträchtlicher Teil der Investitions- und Modernisierungsleistungen in erster Linie der Wunscherfüllung einer „*Arbeiteraristokratie*“ und der Schicht der *technischen Intelligenz* sowie den *oberen Schichten der Staats- und Parteibürokratie* zugutekam. Diese gesellschaftlichen Gruppen „steuerten“ sozusagen die Produktionsstruktur mit ihrer Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen sog. höherer Ordnung (Autos, importierte Möbel, Hi-Fi-Radios und Tonbandgeräten usw.). Gleichzeitig können diese gesellschaftlichen Schichten dank ihres Besitzes bzw. dank der ihnen von der Regierungsmaschinerie gewährten „Privilegien“ ihre Grundbedürfnisse (Nahrungsmittel, Wohnungen) sehr viel leichter und schneller befriedigen.

Diese schematische Einteilung betrifft nicht mehr nur eine kleine Gruppe von „Privilegierten“ wie in der stalinistischen Periode, sondern große Gruppen, die Hunderttausende zählen. Das ist ein qualitativ starker Wandel, da diese Nachfrage nicht mehr nur geringfügige Veränderungen in der Produktionsstruktur bewirkt, sondern große Teile des gesamten Produktionspotentials des Landes *ihrer* Konsumtion unterordnet. Und gleichzeitig bilden die Bedürfnisse dieser Gruppen, genau wie in den kapitalistischen Ländern, ein genaues Vorbild für die Ansprüche der „niederen Schichten“ – in bezug auf Konsumtion, Kultur, usw.

Es bedarf auch keiner Erklärung, daß die Befriedigung dieser Ansprüche, eben-

18 S. Kurowskis, *Kistoryczny proces wzrostu gospodarczego* (Der historische Prozeß des Wirtschaftswachstums), Warschau 1963, S. 385 - 386.

so wie die Verwirklichung einer Anzahl von „Propaganda-Projekten“ die Durchführung des Investitionsprogramms auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Konsumtion unmöglich macht. Hier geht es um Lebensbereiche wie z. B. Wohnungsbau, Bau von Krankenhäusern, Erweiterung der Internate und Wohnheime, die „gleiche Bedingungen“ für Arbeiter- und Bauernkinder möglich machen.

Bei der Wohnraumschaffung, die in den Jahren 1971 - 1975 besonders bevorzugt werden sollte, nahm die Zahl der Wohnungen um 860.300 zu, während sich das Wohnungsdefizit 1975 auf *wenigstens* 937.900 belief (der Index ist hier die Zahl der Mitglieder von Wohnungsgenossenschaften, die auf Wohnungen warteten). Es ist außerdem wichtig, hervorzuheben, daß 1974 37,2 % der *Stadt*wohnungen keine Toilette hatten, 43,1 % kein Bad, 47,4 % keine regelmäßige Gasversorgung und 57,2 % keine Zentralheizung. Auf dem Lande hatten 90,5 % der Wohnungen keine Toilette, 80,3 % kein fließendes Wasser und 98,7 % keine regelmäßige Gasversorgung (19). Und natürlich lebten in diesen Wohnungen keine Besitzer von Autos und Villen oder Leute, die sich teure Reisen in den Mittleren Osten oder nach Indien leisteten.

Betrachten wir die Angaben für Krankenhäuser, die große Bedeutung haben, da die einzelnen Bauern 1971 - 1975 teilweise kostenlose Krankenversicherung bekamen. Waren es in ganz Polen 1970 642 Krankenhäuser (psychiatrische Kliniken nicht mitgerechnet), so waren es 1975 ganze 645. In 6 Jahren wurden also 3 (!) Krankenhäuser gebaut. Und gab es 1970 62,9 Betten auf 10.000 Menschen (inklusive der psychiatrischen Kliniken), so waren es 1975 – 66,3 (20). Dahinter verbirgt sich kein „Wunder“: die Stationen wurden ganz einfach überfüllt.

Die angegebenen Zahlen beziehen sich auf Güter im Rahmen der sog. gesellschaftlichen Konsumtion, die eine dreifache Funktion haben soll:

- Sie ist ein wichtiger Faktor für die Angleichung der verschiedenen ökonomischen und gesellschaftlichen Lage einzelner Bevölkerungsgruppen,
- sie erlaubt die Durchsetzung unterschiedlicher sozialer Präferenzen in der Konsumtionssphäre (oft zitiertes Beispiel: „Wodka oder Bücher“),
- sie ist ein Instrument zur Förderung der Integration von Arbeiterkollektiven wie auch des Prozesses der Schaffung neuer gesellschaftlicher Beziehungen.

Bedenkt man, daß das Prinzip „Jedem nach seiner Leistung“ – in der praktischen Anwendung – Ungleichheit schafft, so ist es die Aufgabe der gesellschaftlichen Konsumtion, negative Auswirkungen eben dieses Prinzips zu verhindern. Das ist natürlich sehr wichtig in einer Situation, in der die Lohn- und Einkommenspolitik bedeutende soziale und ökonomische Ungleichheiten erzeugt, die die Größenordnung von mehreren tausend Zloties pro Monat annehmen (z. B. verdient ein Bergwerksdirektor mindestens 20.000 Zł/ pro Monat, während das Durchschnittsgehalt in der Industrie etwa 4.000 Zł beträgt) (21).

Auf diesem Hintergrund ist es kein Zufall, daß in Polen die Vorstellung einer „Reprivatisierung gesellschaftlichen Reichtums“ unter den Direktoren und Top-Ma-

19 Rocznik statystyczny (Statistisches Jahrbuch), 1976, S. 410, Tab. 600, und S. 409, Tab. 598.

20 Ebd., S. 475, Tab. 726, und S. 476, Tab. 727.

21 „Polityka“, 1976, Nr. 42; ebd., S. 109, Tab. 154.

nagern Anklang gefunden hat. Man muß nicht Aktionär der „Ursus“-Werke sein, um aus seiner Stellung und Macht Vorteile ziehen zu können. Es reicht schon, *nur* Direktor zu sein (in einigen Fällen, z. B. der Gewährung einer „Pension“ für die oberste Bürokratie und ihre Familien, haben materielle Privilegien bereits ihre gesetzliche Verankerung gefunden).

Das Problem der Entwicklung eines Marktes für die „sozialistische Elite“ und ihre „Mittelschicht“ ist jedoch nicht nur ein Problem der Begrenzung der gesellschaftlichen Konsumtion und der Vergrößerung der ökonomischen und sozialen Abstände zwischen den einzelnen Gesellschaftsgruppen. Abgesehen von der Bereitstellung eines Teils des Produktionspotentials für die Bedürfnisse dieses Marktes auf Kosten der Arbeiterklasse und abgesehen von der Notwendigkeit einer dauernden Erhöhung des Standards der Produktion für die Privilegierten, tritt gleichzeitig eine Vernachlässigung jenes Sektors ein, der (historisch gesehen) entscheidend war und bleibt für die ökonomische Effizienz eines jeden Regimes – nämlich der Landwirtschaft. In diesem Fall ist es nicht mehr eine „subjektive“ Frage, ob ein Auto notwendig ist oder ausländische Kosmetika importiert werden müssen. In der Frage der Landwirtschaft geht es um die *Überlebensfähigkeit* des Regimes. Und wie ich schon erwähnt habe, besteht die Agrarpolitik von Partei und Staat zugleich aus einer langen Reihe von „Fehleinschätzungen“. Und darum ist es keineswegs nur mehr eine „subjektive“ Frage, die von vielen Polen gestellt wird: Was ist wirklich unverzichtbar – der „Fiat 126“ oder die Produktion billiger Traktoren, Maschinen und Hilfsgüter (wie Baumaterialien etc.) für die Landwirtschaft?

Die Frage zu beantworten heißt jedoch, die Privilegien mächtiger gesellschaftlicher Gruppen infrage zu stellen, deren wesentliche Interessen auf einen „Fiat“ gerichtet sind und nicht auf Wohnungsbau und schnelle Erweiterung der Investitionen in der Landwirtschaft. Für diese Schichten ist die Durchsetzung ihrer ökonomischen und sozialen Interessen nicht primär von der Entwicklung der allgemeinen Produktion, sondern nur *ihrer* Produktion abhängig, und die wiederum kann mit dem Zugang und der Kooperation mit der Weltwirtschaft gesichert werden. Sie wollen nicht länger „privilegierte Bettler“ sein, sondern der „wahren Konsum-Elite“ gleichgestellt. Vom Marxismus haben diese Gruppen nur das eine verstanden: Daß „Reifung“ einer Gesellschaftsform ein langsamer Prozeß ist und Wohlstand nicht verordnet werden kann. Allerdings wollen diese Gruppen dabei nicht nur die Vertreter einer Gesellschaft von Gleichen sein, sondern „noch gleicher als andere“.

VI

Die Interessen dieser herrschenden Gruppen sind jedoch noch nicht ausreichend stark ausgeprägt, als daß sie die Entwicklungsrichtung der ökonomischen Gesamtstruktur entscheidend und irreversibel bestimmen könnten. Berücksichtigt man zusätzlich, daß die angedeutete Inflexibilität der ökonomischen Struktur eine irreversible Entscheidung für kapitalistische Effektivitätskriterien bedeutend kostspieliger macht und so die direkten Interessen der Arbeiterklasse viel stärker verletzt werden, dann kann

die Durchsetzung der ökonomischen Hegemonieansprüche dieser Gruppen sich nur in einer harten politischen Auseinandersetzung mit der Arbeiterklasse äußern. Dennoch und aufgrund der Erfahrungen der Arbeiterstreiks von 1970 und 1976 darf man die begründete Hoffnung hegen, daß diese Gruppen nicht in der Lage sein werden, ihre „führende“ ökonomische Stellung zu vollständiger ökonomischer und sozialer Hegemonie auszubauen. Diese Hoffnung basiert auf zwei Tatsachen: erstens dem immer stärker werdenden Widerstand der Arbeiterklasse, und zweitens den wachsenden Widersprüchen zwischen Kabinetts- und Parteimaschinerie und der Unfähigkeit dieser Gruppen – in der gegenwärtigen politischen Situation –, ihre ökonomische Macht in reale politische Macht umzusetzen.

Aus diesen Überlegungen wird also deutlich, daß das Problem der entstehenden Verbindungen mit der Weltwirtschaft nicht auf manichäische Weise, in Kategorien von „eindeutig richtig“ oder „eindeutig falsch“ lösbar ist. Darüber hinaus zeigt sich, daß nicht diese Verbindungen an sich problematisch sind, sondern nur dann, wenn *das Kräftegleichgewicht der Gesellschaft keinen ausreichenden Schutz gegen die negativen Auswirkungen der Weltwirtschaft bietet*. „Modernisierung“ als solche ist nicht falsch, im Gegenteil – sie ist notwendige Voraussetzung für eine wirkliche sozialistische Wirtschaftspolitik. Von Übel ist jedoch (vom Standpunkt der Arbeiterklasse) eine Modernisierung, die auf Kosten der allgemeinen Interessen der Mehrheit der Gesellschaft durchgeführt wird.

Diese Überlegungen unterscheiden meine Thesen von der *naiven* Ansicht, daß die „Kollaboration mit dem Kapitalismus“, die sich in den ökonomischen Verbindungen mit der Weltwirtschaft ausdrückt, die eigentliche Ursache der Mißstände in den Übergangsgesellschaften darstellt. Wenn also Arbeiter und Bergarbeiter in Asturien überrascht fragen, warum Kohle aus dem „sozialistischen Polen“ als Streikbrecher fungiert, wenn Arbeiter in Afrika und Lateinamerika fragen, warum polnisch-belgische oder polnisch-französische Gesellschaften die Bodenschätze dieser Kontinente ausbeuten, dann muß die Antwort darauf in erster Linie in der polnischen Gesellschaft selbst und nicht im Fetisch der Weltwirtschaft gesucht werden. Es muß gefragt werden, warum die Arbeiter in Polen zum Kampfmittel des Streiks greifen müssen.

REVOLUTIONARY COMMUNIST

Latest Issues

No5 November 1976

Women's Oppression Under Capitalism
South Africa: The Crisis in Britain and the
Apartheid Economy
South Africa: International Solidarity and
the British Working Class

No6 April 1977

The Communist Parties of Western
Europe: The Origins of the National
Roads to Socialism
The Investment Trap: Are Reforms Im-
possible? Review of 'Trotsky and Fata-
listic Marxism' (Hodgson)
Lenin and the Bolshevik Party. A review
of T. Cliff's 'Lenin' by Bruce Landau,
member of the RMC (USA)
Plus reviews

Price: 50p + 13p postage (Overseas 75p
+ 12p postage)
From RCG Publications Ltd, 49 Railton
Road, London SE24 0LN